

Im Zusammenhang mit dem Schutz der Natur erhebt Absatz 2 die Reinhaltung der Gewässer und der Luft zu einem Verfassungsauftrag an Staat und Gesellschaft.

Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu den Industriestaaten der Welt, die einen sehr angespannten Wasserhaushalt haben. Der Nutzungsfaktor für das abfließende Wasser ist außerordentlich hoch und erfordert in den industriellen Ballungsgebieten schon heute eine mehrfache Nutzung. Die für die Industrie-, Landwirtschafts- und Bevölkerungsversorgung notwendigen Gewässer, wie Flüsse und Seen, sind mit Abwässern stark verschmutzt und verursachen größere volkswirtschaftliche Aufwendungen. Außerdem erfordern die Erhöhung des Lebensstandards und die Gesunderhaltung der Bevölkerung die Verbesserung der Trinkwasserversorgung und die Erweiterung von Sport- und Erholungsmöglichkeiten an den Gewässern. Aus diesem Grunde wurde das Gesetz über den Schutz, die Nutzung und die Instandhaltung der Gewässer und den Schutz vor Hochwassergefahren - Wassergesetz - vom 17. April 1963 mit seinen Durchführungsbestimmungen erlassen. Es regelt die zentrale Planung und Leitung der grundlegenden wasserwirtschaftlichen Aufgaben und die staatliche Lenkung der Gewässernutzung entsprechend den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen. In Zukunft bedarf es noch erheblicher materieller Aufwendungen, damit die bestehende Verschmutzung der Gewässer schrittweise und systematisch eingeschränkt wird.

Ähnlich steht es mit der Luftverunreinigung. Auch auf diesem Gebiet hat der sozialistische Staat eine Reihe von äußerst ernsthaften Versäumnissen der kapitalistischen Vergangenheit zu beseitigen. Infolge der steten Ausdehnung der Industrie, insbesondere der Grundstoffindustrie, haben Staub, Rauch und Abgase erheblich zugenommen. Sie verursachen bei Tieren und Pflanzen zum Teil beträchtliche Schädigungen. Die Auswirkungen belaufen sich jährlich auf viele Millionen Mark. Die Lösung dieser Probleme verlangt erhebliche Investitionen zur Errichtung moderner Schutzvorrichtungen, aber auch ein koordiniertes Zusammenwirken aller Volkswirtschaftszweige, insbesondere von Industrie und Landwirtschaft mit den Organen des Gesundheitswesens auf der Grundlage einer modernen sozialistischen Gesetzgebung. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hat umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung und Verhinderung der Luftverunreinigung beschlossen. Sie zielen darauf, die finanziellen und materiellen Fonds für die Lufthygiene konzentriert und vordringlich in den hoch-